

Eingangsvermerke

PLZ, Ort, Datum

Bitte beachten Sie folgende Hinweise:

Ihr Antrag wird in 1-facher Ausfertigung; die Anlagen in der genannten Anzahl benötigt.
Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, machen Sie alle weiteren Angaben auf Beiblättern, die dann als Anlagen gekennzeichnet werden sollen.
Die personenbezogenen Daten dieses Antrags werden, aufgrund vom § 12 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) erhoben.

Kreis Steinfurt
Der Landrat
Straßenverkehrsamt
Tecklenburger Str. 10

48565 Steinfurt

Antrag auf Erteilung einer Genehmigung

☐ für die Ausübung ☐ für die Änderung ☐ für den Weiterbetrieb

eines Gelegenheitsverkehrs
nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG)

Hinweis zur Datenerhebung:

Nach § 12 Abs. 2 PBefG sind dem Genehmigungsantrag Unterlagen beizufügen, die ein Urteil über die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebs ermöglichen. Dies kann durch die in der Beilage zum Antrag vorgesehene Übersicht über das Betriebsvermögen erfolgen. Falls Sie nicht bereit sind, diese Angaben zu machen, müssen Sie durch andere geeignete Unterlagen belegen, daß Ihnen das für die Betriebseinrichtung und Betriebsfortführung erforderliche Kapital tatsächlich zur Verfügung steht.

☐ Taxenverkehr

☐ Ferienziel-Reisen mit Pkw ☐ Ausflugsfahrten mit Pkw

☐ Mietwagenverkehr ☐ Gelegenheitsverkehr mit KOM

1. Antragsteller

Name, Vorname, Firma des Antragstellers (genaue Bezeichnung des Unternehmers)

Wohnsitz (Ort, Straße)

Betriebssitz (Ort, Straße)

Fernsprech-Nr.

2. Angaben über den/die Inhaber (bei Handelsgesellschaften ggf. Gesellschafterliste)

Name (ggf. auch Geburtsname)

Vorname

Funktion im Unternehmen

Familienstand

Geburtsdag

Geburtsort

Staatsangehörigkeit

Name (ggf. auch Geburtsname)

Vorname

Funktion im Unternehmen

Familienstand

Geburtsdag

Geburtsort

Staatsangehörigkeit

3. Angaben über die für die Führung der Geschäfte bestellte(n) Person(en)

Name (ggf. auch Geburtsname)

Vorname

Stellung im Unternehmen (Aufgabengebiet)

Familienstand

Geburtsdag

Geburtsort

Staatsangehörigkeit

Name (ggf. auch Geburtsname)

Vorname

Stellung im Unternehmen (Aufgabengebiet)

Familienstand

Geburtsdag

Geburtsort

Staatsangehörigkeit

4. Angaben über die fachliche Eignung

Die fachliche Eignung wird nachgewiesen durch entsprechende Bescheinigungen bzw. Zeugnisse (bitte beifügen)

☐ des Antragstellers

☐ der für die Führung der Geschäfte bestellte(n) Person(en)

☐ eine angemessene Vortätigkeit;

☐ eine bestandene Fachkundeprüfung;

☐ die erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung zum Reiseverkehrskaufmann oder Kaufmann im Eisenbahn- und Straßenverkehr;

☐ ein erfolgreich abgeschlossenes Studium an einer Hoch- oder Fachschule, das die hier erforderlichen Kenntnisse gewährleistet;

5. Sind Sie bereits Inhaber einer Genehmigung oder Betriebsführer (§ 2 Abs. 2 i.V.m. § 3 Abs. 2 PBefG)?

Genehmigte Verkehrsart/Verkehrsform:	
☐ nein ☐ ja	
Genehmigungsbehörde	Datum und Aktenzeichen der Genehmigung

6. Die Erteilung der Genehmigung wird beantragt:

als ☐ Ersterteilung ☐ Wiedererteilung

7. Bitte nur bei Anträgen auf Neuerteilung einer Genehmigung für den Taxenverkehr angeben!

Sind Sie anerkannter Vertriebener, Flüchtling, Aussiedler oder Schwerbehinderter? ☐ nein ☐ ja, Nachweis siehe Anlage
--

8. Bitte nur bei Anträgen auf Ersterteilung einer Genehmigung für den Ferienziel-Reiseverkehr angeben!

Verfügen Sie über ausreichende Erfahrungen auf dem Gebiet des Reiseverkehrs? ☐	durch Zusammenarbeit mit bewährten Reiseveranst. (bitte Nachweis beifügen) ☐	aufgrund eigener Erfahrungen erworben durch

9. Die Gültigkeitsdauer der beantragten Genehmigung soll betragen:

☐ _____ Jahre für PKW (Höchstdauer: 5 Jahre)	☐ _____ Jahre für KOM (Höchstdauer: 10 Jahre)
vom	bis

10. Als Anlagen sind beigelegt (die mit einem "X" gekennzeichneten Anlagen sind stets erforderlich):

☒ Beilage zum Antrag zur Leistungsfähigkeit;
☒ Angaben über die Zahl; die Art (KOM, Pkw), den Fahrzeughalter, das amtliche Kennzeichen, den Hersteller, Fahrgestell-Nr. und Sitzplätze der zu verwendenden Fahrzeuge;
☒ Bescheinigung des Finanzamtes und der Gemeinde des Betriebssitzes über die steuerliche Zuverlässigkeit;
☒ Bescheinigung der zuständigen Stellen über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge zur sozialen Kranken- und Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung;
☒ Bescheinigung der Berufsgenossenschaft über die ordnungsgemäße Entrichtung der Beiträge (einschließlich etwa zu zahlender Vorschüsse) zur Unfallversicherung;
☒ Bescheinigung, Dienstzeugnisse oder Prüfzeugnisse des Antragstellers oder der für die Führung der Geschäfte bestellten Person zum Nachweis der fachlichen Eignung;
☒ Polizeiliches Führungszeugnis für den Antragsteller und ggf. die zur Führung der Geschäfte bestellten Person;
☒ Nur bei Unternehmen, die in das Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen sind: beglaubigte Abschrift der Eintragungen, bei GmbH, außerdem die Gesellschafterliste (die Unterlagen sollen nicht älter als drei Monate sein)
☒ Gesellschaftsvertrag;
☒ Unterlagen zum Nachweis des Beschäftigungsverhältnisses der zur Führung der Geschäfte bestellten Person;
☒ Kopie der Gewerbeanmeldung
☒ Kopie der Fahrzeugunterlagen je Fahrzeug (Zulassungsbescheinigung, TÜV-Bericht inkl. BO-Kraft-Abnahme, Bescheinigung vom Eichamt).

Erklärung: Ich versichere, daß ich die Angaben in diesem Antrag und in den beigelegten Anlagen, die Bestandteil dieses Antrages sind, nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe.	
Ort, Datum	Unterschrift des Antragstellers

Eigenkapitalbescheinigung nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 der Berufszugangsverordnung für den Straßenpersonenverkehr

Das Unternehmen

verfügt am Stichtag _____

über folgendes Eigenkapital:

I. Kapital		EUR
II. Kapitalrücklage		EUR
III. Gewinnrücklagen:		EUR
1. gesetzliche Rücklage		EUR
2. Rücklage für eigene Anteile		EUR
3. Satzungsmäßige Rücklagen		EUR
4. andere Gewinnrücklagen		EUR
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag		EUR
V. Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag		EUR
Eigenkapital		EUR

Auf Grund der vorgelegten Unterlagen wird hiermit das ausgewiesene Eigenkapital bestätigt.
Von der Ordnungsmäßigkeit der Unterlagen habe ich mich/haben wir uns überzeugt.

(Ort, Datum)

(Stempel und Unterschrift des Wirtschaftsprüfers, vereidigten Buchprüfers, Steuerberaters, Steuerbevollmächtigten, Fachanwalts für Steuerrecht, einer Wirtschaftsprüfungs-, Buchprüfungs- oder Steuerberatungsgesellschaft oder eines Kreditinstituts)

An:

Kreis Steinfurt
Der Landrat
Straßenverkehrsamt

Hinweis zur Datenerhebung:

Nach § 12 Abs. 2 PBefG sind dem Genehmigungsantrag Unterlagen beizufügen, die ein Urteil über die Sicherheit und Leistungsfähigkeit des Betriebs ermöglichen. Dies kann durch die in der Beilage zum Antrag vorgesehene Übersicht über das Betriebsvermögen erfolgen. Falls Sie nicht bereit sind, diese Angaben zu machen, müssen Sie durch andere geeignete Unterlagen belegen, daß Ihnen das für die Betriebseinrichtung und Betriebsfortführung erforderliche Kapital tatsächlich zur Verfügung steht.

Beilage zum Antrag nach dem Personenbeförderungsgesetz auf

- ☐ Erteilung ☐ Erneuter Erteilung ☐ Erweiterung / Änderung
☐ Übertragung der Genehmigung ☐ Übertragung des Betriebes

Angaben zur Leistungsfähigkeit des Betriebes (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 PBefG)

Name, Vorname, Firma des Antragstellers (genaue Bezeichnung des Unternehmens)	
Wohnsitz (Ort, Straße)	
Betriebssitz (Ort, Straße)	Telefon (mit Vorwahl)

1. Vermögensübersicht *)

Stand vom:

Aktiva		EUR	Passiva		EUR
Anlagenvermögen			Langfristige Verbindlichkeiten		
a) Grundstücke (Verkehrswert)			a) Grundschnlden		
bebaut			b) Hypotheken		
unbebaut			c) Langfristige Darlehen		
b) Gebäude (Verkehrswert)			d) Sonstiges		
c) Fahrzeuge			Sonstige Verbindlichkeiten		
d) Betriebseinrichtung Maschinen			a) Kurzfristige Darlehen, Kredite		
Büroausstattung			b) Wechselschnlden		
e) Sonstiges			c) Steuerschnlden		
Umlaufvermögen	EUR	Summe EUR Umlaufvermög.	d) Versicherungs-, Beitragsschnlden		
a) Vorräte Treibstoffe			e) Lieferantenverbindlichkeiten		
Reifen			f) Sonstiges		
Ersatzteile					
Werkzeuge					
Material					
b) Forderungen aus Leistungen					
c) Sonstige Forderungen					
d) Anteile, Wertpapiere					
e) Bankguthaben					
f) Kassenbestand					
g) Sonstiges					
Summe Aktiva		EUR	Summe Passiva		EUR

Bestätigung eines Wirtschaftsprüfers oder eines anderen Angehörigen der steuerberatenden Berufe.

Ort, Datum	Die Richtigkeit der Angaben wird bestätigt:
Stempel, Unterschrift	

*) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Ehegatten sind nur anzugeben, wenn Gütergemeinschaft besteht.

2. Sonstige Auskünfte

a) ehelicher Güterstand, gesetzlich (Zugewinnngemeinschaft)	☐ nein ☐ ja
Gütertrennung	seit _____
Gütergemeinschaft	seit _____
b) Haben Sie Bürgschaften geleistet?	EUR _____
c) Können Sie im Bedarfsfall weitere Sicherheiten oder Bürgschaften stellen (ggf. erläutern)?	☐ nein ☐ ja
d) Sind Sie / Ihre Ehefrau im Schuldnerverzeichnis eingetragen?	☐ nein ☐ ja
Haben Sie eine Eidesstattliche Versicherung abgelegt?	☐ nein ☐ ja
Datum _____ Amtsgericht _____	Aktenzeichen _____
Wurde ein entsprechender Haftbefehl erlassen?	☐ nein ☐ ja
Datum _____ Amtsgericht _____	Aktenzeichen _____
Wird gegen Sie eine Zwangsvollstreckung betrieben?	☐ nein ☐ ja

3. Fahrzeugliste

Folgende Fahrzeuge sollen für die Personenbeförderung eingesetzt werden:

[illegible]

4. Fahrzeugfinanzierung

Die Finanzierung erfolgt durch:

☐ Eigenmittel ☐ Darlehen ☐ Kredit ☐ Leasing-Geschäft

Bitte Unterlagen beifügen, wie z.B. Darlehens-, Kreditzusagen, Leasingbedingungen

5. Liegen besondere Umstände vor, die das Betriebsergebnis beeinflussen können? (Auftragszusagen usw.)

Ich bin darauf hingewiesen worden, daß unrichtige Angaben zur Rücknahme der Genehmigung führen können (§ 25 (2) 1 PBefG). Ich versichere, daß ich die Angaben nach bestem Wissen richtig und vollständig gemacht habe.

[illegible]

Merkblatt

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis für die gewerbliche Personenbeförderung (§ 2 Abs. 1 PBefG) Antrag auf Erteilung einer Gemeinschaftslizenz (Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009)

Zur Bearbeitung eines o.g. Antrages sind folgende Unterlagen mit dem Antragsformular einzureichen:

1. Nachweis der fachlichen Eignung

Dienstzeugnisse oder Prüfungszeugnisse des Antragstellers oder der für die Führung der Geschäfte bestellten Person / Verkehrsleiter

Unterlagen zum Nachweis des Beschäftigungsverhältnisses der zur Führung der Geschäfte bestellten Person / Verkehrsleiter (Arbeitsvertrag, Geschäftsführervertrag, Prokura Handelsregister - siehe Anlage 1)

2. Nachweis finanzielle Leistungsfähigkeit

Eigenkapitalbescheinigung / Zusatzbescheinigung (Vordrucke)

Der Stichtag der Eigenkapitalbescheinigung darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als ein Jahr zurückliegen und das Ausstellungsdatum nicht länger als 3 Monate zurückliegen.

Unterlagen, wonach die Bescheinigungen erstellt wurden (Eigenkapital):

- | | |
|-----------------------------|--|
| - Personenbeförderung (Bus) | 1. Fahrzeug 9.000,- Euro, je weiteres 5.000,- Euro |
| - Taxi / Mietwagen | 1. Fahrzeug 2.250,- Euro, je weiteres 1.250,- Euro |

3. Nachweis der Zuverlässigkeit

Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, der Gemeinde, der Träger der Sozialversicherung und der Berufsgenossenschaft, wobei die Stichtage dieser Bescheinigungen zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als 3 Monate zurückliegen dürfen

Vom Unternehmer (bei einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft für die geschäftsführungs- und vertretungsberechtigten Gesellschafter und für die juristische Person selbst, bei einer Erbengemeinschaft für die Miterben) und dem gesetzlichen Vertreter sowie von der zur Führung der Geschäfte bestellten Person / Verkehrsleiter:

- "Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde nach § 30 Abs. 5 BZRG"
- "Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 Abs. 5 GewO"

Diese Auszüge sind beim zuständigen Pass- und Meldeamt zu beantragen und die o.g. Behördenadresse anzugeben.

4. Allgemeine Unterlagen

- Fahrzeugliste, Mietfahrzeuge mit Mietvertrag bzw. Leasingverträge
- Gewerbeanmeldung
- Bei Personengesellschaften die Gesellschafterliste und den Gesellschaftervertrag oder den anderen Nachweis der Vertragsberechtigung
- Handelsregistrauszug (beglaubigte Abschrift)
- Einzelverträge mit Krankenkassen

Der Zeitpunkt der Antragstellung ist der Zeitpunkt, zu dem der Behörde sämtliche Antragsunterlagen einschließlich der erforderlichen Nachweise vorliegen.